



**Geschäftsstelle der Synode**

Drucksache

**XI / 2**

4. Tagung der 12. Synode  
der Evangelischen Kirche in Deutschland  
vom 12. bis 15. November 2017  
in Bonn

# **EINBRINGUNG**

über den  
Stand der friedensethischen Diskussion  
und  
laufende Projekte der EKD

Schriftführer Renke Brahms

Sehr geehrte Frau Präses, liebe Schwestern und Brüder!

"Wer den Frieden will, muss den Frieden vorbereiten." Dies ist einer der wichtigen Leitgedanken des friedensethischen Leitbildes vom „Gerechten Frieden“, wie es 2007 in der Denkschrift des Rates der EKD "Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen" formuliert ist.

Wie gelingt es, den Frieden vorzubereiten angesichts der Entwicklungen der letzten Jahre und der Veränderungen, die seit 2007 sichtbar geworden sind? Verschiedene Prozesse in der EKD – in Landeskirchen und Institutionen – beschäftigen sich intensiv mit diesem Thema.

Am 9. November 2016 fasste die EKD-Synode deshalb folgenden Beschluss:

*"Die Synode bittet den Rat der EKD, über den Stand der friedensethischen Diskussion und laufenden Projekte der EKD bei der 4. Tagung der 12. Synode 2017 zu berichten."*

Der Rat der EKD nahm in seiner Sitzung am 19. Mai 2017 in Wittenberg den Ihnen vorliegenden Bericht entgegen und hat mich gebeten, ihn hier in der Synode einzubringen. Und ich verbinde den Bericht mit dem Vorschlag des Präsidiums der Synode für das Schwerpunktthema der EKD-Synode im Herbst 2019, der Ihnen noch vorgelegt werden wird.

Wer immer sich auf den verschiedenen Ebenen und in den verschiedenen Prozessen mit dem Friedensthema beschäftigt, steht vor der Herausforderung, die Situation zu analysieren, in der wir aktuell stehen und die uns friedensethisch, friedenspolitisch und friedenspraktisch herausfordert. Dabei ist festzustellen, dass sich in der Weltlage seit 2007 – dem Erscheinungsjahr der Denkschrift – viel verändert hat, was eine intensive Reflexion nötig macht.

Ich nenne vier Komplexe, die keineswegs Vollständigkeit beanspruchen:

1. Gewalttätige Konflikte und Kriege haben sich in den vergangenen Jahrzehnten von zwischenstaatlichen zu innerstaatlichen und überstaatlichen Konflikten gewandelt. Es kämpft nicht mehr ein Land gegen das andere, sondern Bürgerkriege, terroristische Konflikte mit unübersichtlichen Lagen kennzeichnen diese Situationen. Staaten zerfallen, werden unregierbar oder werden zu Schauplätzen der Nachbar- und Großmächte. Die internationale Gemeinschaft hat darauf mit dem Konzept der Schutzverantwortung reagiert, die keine völkerrechtliche Norm darstellt, aber als Grundlage des Eingreifens von außen dient.  
Dazu kommen Formen neuer Kriegsführung mit modernsten Waffensystemen wie Drohnen oder ferngesteuerten Autos – oder der Cyberkrieg.  
Völkerrechtlich und friedensethisch stellen sich hier Fragen, die erst ansatzweise bearbeitet sind – und auch dazu führen, dass die Denkschrift aus dem Jahr 2007 weitergedacht werden muss.
2. Wir erfahren hautnah, wie äußere und innere Sicherheit zusammengehören. Wenn wir die Not der Geflüchteten sehen, die zu uns kommen, dann sind humanitäre Krisen und Kriege sowie der Klimawandel als Gründe dieser Flucht zu benennen, welche auch Ausdruck einer ungerechten Weltordnung sind. Im Hinblick auf eine friedenslogische Perspektive sollten wir uns deshalb dringend der Frage stellen, wie wir mit der Vielzahl von Konflikten auf der ganzen Welt ursächlich verbunden sind – z. B. mit unserer Form des Wirtschaftens und Handels oder der Rüstungsexportpolitik. Deshalb ist auch die Friedensfrage immer im Kontext der Frage einer nachhaltigen Entwicklung zu betrachten und mit dieser zu verknüpfen.
3. Wir erleben eine zunehmende Polarisierung sowohl nationaler wie internationaler Politik. Die größte Sorge gilt dabei der amerikanischen Politik und Donald Trump, die nicht nur unberechenbar, sondern auf eine erschreckende Weise konfrontativ und eskalierend ist.

Die Konflikte mit Nordkorea und jetzt dem Iran stehen dafür als gefährliche Beispiele. Die Region mit China, Nord- und Südkorea und Japan ist ein hochgerüsteter und äußerst explosiver Raum. Wer hier eine Lunte legt, riskiert eine Zerstörung höchstens Ausmaßes und das Leid von Millionen von Menschen. Eine konfrontative Politik haben wir auch mit Russland erlebt und dem Ukraine-Konflikt.

Viele Formen von Polarisierungen finden wir aber auch in unserem Land in der Debatte um Geflüchtete und einem Erstarren der extrem Rechten. Wir beobachten, wie Sprache immer rauer und Gewalt in eigentlich "sozialen Netzwerken" zunimmt. Und wir wissen aus Erfahrung, dass Gewalt in der Sprache schnell in körperliche Gewalt gegen Menschen umschlagen kann.

4. Eine weitere Gefahr besteht in einer zunehmenden Gewöhnung an eine militärische Logik. Im Handeln der Bundesregierung und auch in der öffentlichen Debatte zeigt sich immer wieder der Fokus auf den militärischen Beitrag als "ultima ratio" und vorrangiges Instrument der Sicherheits- und Außenpolitik. Deutlich wird dies beispielsweise in der Diskussion um die Erhöhung des Verteidigungshaushalts auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts, was einen Zuwachs auf mehr als 60 Milliarden Euro bedeuten würde. Dabei steht noch aus, das Ziel von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen. Und gleichzeitig wächst das Wissen und die Kompetenz in der zivilen und gewaltfreien Konfliktbearbeitung, die aber nach wie vor politisch und finanziell zu schwach ausgestattet ist. Die "Versicherheitlichung" der internationalen und nationalen Politik zeigt sich in den letzten Jahren zunehmend als allgemeine Handlungsmaxime.

Diese Andeutungen müssen hier genügen, um deutlich zu machen, welche Herausforderungen auch vor uns als Kirche stehen.

In vier unterschiedlichen Prozessebenen werden die Themen zurzeit innerhalb der EKD bearbeitet.

1. An der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft in Heidelberg hat im November 2016 ein Konsultationsprozess mit dem Titel "Orientierungswissen zum gerechten Frieden – Im Spannungsfeld zwischen ziviler gewaltfreier Konfliktprävention und rechtserhaltender Gewalt" begonnen. In zwanzig interdisziplinären und ökumenischen Konsultationen – soll bis zum Sommer 2019 eine Bestandsaufnahme des friedenethischen Forschungsfeldes vorgenommen werden, die einer Rekonstruktion und ggf. Revision der Grundlagen evangelischer Friedensethik dienen soll. Die Konsultationen sind auf vier Arbeitsgruppen verteilt: 1. Ethische Grundsatzfragen; 2. Gerechter Friede und Gewalt; 3. Gerechter Friede durch Recht; 4. Gerechter Friede und politische Friedensaufgaben. Der erste von 20 geplanten Bänden einer friedenethischen Bibliothek werden im Vorfeld der EKD-Synode 2017 vorliegen. Der Zwischenstand des Projekts wird fortlaufend auf der Internetseite der FEST dokumentiert: <http://www.konsultationsprozess-gerechter-frieden.de/>

Ebenfalls im Rahmen der FEST wurde, mit wesentlichen Impulsen von Prof. Konrad Raiser, das Berliner Memorandum "Sicherheit neu denken – Wege des Friedens in Europa" erarbeitet. Hier geht es darum, Sicherheit in Europa, vor allem im Blick auf das Verhältnis zu Russland, vom Konzept der "gemeinsamen Sicherheit" zu verstehen und neue friedenspolitische Spielräume zu gewinnen.

2. Die Evangelischen Akademien in Deutschland (EAD) führen seit dem Jahr 2012 (und noch bis 2018) das Diskursprojekt "Dem Frieden in der Welt zu dienen..." durch. Ziele der in den verschiedenen Evangelischen Akademien durchgeführten Veranstaltungen sind "Evaluation, ethische Reflexion und Unterstützung der Policy-Entwicklung". Die Policy-Orientierung dieses Projekts bedeutet, dass evangelische Friedensethik und das

Leitbild des Gerechten Friedens in politische, militärische und wirtschaftliche Kontexte hinein anschlussfähig formuliert werden. Wichtiger Bestandteil des EAD-Projekts sind die sog. "Kamingespräche", die als politische Hintergrundgespräche etwa zwei bis drei Mal im Jahr kleinen Rahmen mit den im Bundestag vertretenen Parteien stattfinden. Es geht dort um Themen wie Rüstungsexporte, zivile Konfliktbearbeitung, Kohärenz verschiedener Papiere der Bundesregierung (Weißbuch, Leitlinien AA). Regelmäßig nehmen daran der Militärbischof und der Friedensbeauftragte teil.

3. Im Kontext der beiden unverzichtbaren, grundlagenorientierten und policyorientierten Diskursfäden evangelischer Friedensethik kann auch der im Jahr 2016 mit der Berliner Friedenskonsultation begonnene dritte Projektstrang sinnvoll beschrieben werden. Evangelische Friedensethik fragt auch nach sozialen Praktiken des Friedens und der Versöhnung, sie erkennt die Glaubensüberzeugungen und "geistlichen" Praktiken als wesentliche Ressourcen des Politischen an, sie rechnet mit dem Wirken des Heiligen Geistes, mit der ermöglichenden, inspirierenden und orientierenden Kraft der biblischen Texte. Und sie fragt nach einer Gestalt der Kirche als "Kirche des Gerechten Friedens". Entscheidende Impulse, den Wandel zu beschreiben und zu verstehen, kommen aus der Ökumene: Kirchen, die Erfahrung mit gesellschaftlichen Transitions- und Versöhnungsprozessen haben, u. U. lange in Gewaltkonstellationen agieren müssen, teilen ihre geistlichen und politischen Ressourcen mit den deutschen Kirchen. Im Rahmen der Friedenskonsultation 2016 waren die Stimmen etwa aus Sri Lanka, Südafrika oder Korea ausgesprochen inspirierend und hilfreich. Zudem hat die Konsultation Perspektiven der Gemeindeentwicklung und des Gemeindeaufbaus einbezogen, um die glaubhafte Verbindung von missionarischer und politischer Kirche zu zeigen.

Auch im Raum der universitären Theologie gewinnt die Friedensfrage neue Aufmerksamkeit. Friedensethik gilt als ein Schlüssel für das künftige Zusammenleben in der globalisierten Welt und in immer heterogener und pluralistischer werdenden Gesellschaften. Exemplarisch soll hingewiesen werden auf das von Prof. Elisabeth Gräß-Schmidt am Institut für Ethik der Fakultät für Evangelische Theologie der Universität Tübingen durchgeführte Projekt "Du sollst nicht töten (lassen)? – Evangelische Friedensethik im 21. Jahrhundert", wo eine Gruppe von Nachwuchswissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern an friedensethischen Fragestellungen arbeitet.

4. Im Oktober 2013 fasste die Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Baden den Beschluss, das synodale Papier "Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens (Lk 1,79) – ein Diskussionsbeitrag aus der Evangelischen Landeskirche in Baden" zur weiteren intensiven und vertieften Auseinandersetzung mit friedensethischen Fragen zu empfehlen, um damit eine "Neuorientierung der Friedensethik" einzuleiten. In diesem Beschluss wurde ausdrücklich angeregt, weitere Landeskirchen und auch die EKD zu einer neuen Diskussion um friedensethische Fragen zu veranlassen.

Die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen haben das Friedensthema neu auf die Agenda gebracht, so dass mittlerweile eine größere Anzahl von Landeskirchen die Anregungen aus Baden aufgegriffen und eigenständige synodale Prozesse zu friedensethischen Fragen eingeleitet hat.

Ein näherer Blick darauf zeigt, dass dabei verschiedene Akteure und unterschiedliche Themenzugänge festzustellen sind. Fünf Landessynoden haben bereits konkrete Beschlüsse zu "Kirche des gerechten Friedens werden" gefasst. Und fünf weitere sind bereits "auf dem Weg" bzw. haben konkrete Prozesse in diesem Sinne angestoßen.

Inhaltlich findet in diesen Prozessen eine Auseinandersetzung mit den großen Themenspektren der Friedensethik statt. Zum einen wird die Einhegung und Beendigung von militärischen Krisen und Kriegen thematisiert bzw. die Frage nach der Überwindung von

Gewalt gestellt. Zum anderen werden die positiven Bedingungen des Friedens in den Mittelpunkt gerückt. Diese umfassen beispielsweise die ökonomische und ökologische Gerechtigkeit, kulturelle und religiöse Toleranz und Fragen der Menschenrechte.

Hohe Synode!

Ich verstehe alle diese Prozesse als einen Beitrag auf dem "Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens", wie er von der 10. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Busan/Südkorea im Jahr 2013 ausgerufen worden ist. Das Leitbild des "Gerechten Friedens" verdankte sich seit den großen ökumenischen Versammlungen 1988/98 sehr wesentlich ökumenischen Impulsen. Die Trias von "Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung" wirkte auch auf die Konzeption der Friedensdenkschrift von 2007 ein. So legt sich eine enge Verzahnung mit dem ÖRK und anderen Kirchen sehr nahe – unter dem Leitbild des "Gerechten Friedens" als Konsens unter den Kirchen.

Die neue Aktualität der Friedensfrage, die aufgeworfenen Fragestellungen und Prozesse legen es nahe, dass sich auch die EKD-Synode mit diesem Thema schwerpunktmäßig befasst.

Ich bin dem Präsidium der Synode sehr dankbar, dass es sich dieses Themas angenommen hat und Ihnen als Synodalen vorgeschlagen wird, das Friedensthema zum Schwerpunktthema der Synode im Herbst 2019 zu machen.

Nun mögen sich manche fragen, warum erst 2019 – angesichts der Aktualität des Themas.

Meines Erachtens sprechen zwei gewichtige Argumente für einen solchen Zeitraum:

1. Der Komplexität des Themas angemessen hat sich die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft einen zweijährigen Prozess vorgenommen, den sie im Sommer oder Frühherbst 2019 abschließen will. Es ist höchst sinnvoll, die Ergebnisse in ein Schwerpunktthema der Synode einspeisen zu können. Es ist auch sinnvoll, noch einige landeskirchliche Prozesse mit aufnehmen zu können. So käme der Synode 2019 auch die Funktion der Bündelung der verschiedenen Prozesse zu.
2. Ein zweijähriger Prozess ermöglicht eine intensive Vorbereitung und eröffnet einen breiten Beteiligungsprozess. Verschiedene Prozesse sollen gebündelt und ausgewertet werden und in die Synode im Herbst 2019 einfließen. Sinnvoll erscheint dafür ein Zwischenschritt im nächsten Jahr mit einer Friedenskonsultation, an der Synodale dieser Synode und der landeskirchlichen Synoden sowie Fachleute und Akteure der Friedensarbeit aus den eben genannten unterschiedlichen Feldern beteiligt sind. Eine Steuerungsgruppe, in der die verschiedenen Ebenen vertreten sind, soll diesen Prozess vorbereiten und begleiten.

Ziel des Prozesses soll eine Erklärung und Selbstverpflichtung der Synode sein, in welchem Sinne sich die EKD als Kirche des gerechten Friedens versteht. Es geht darum, das Leitbild des gerechten Friedens in der Vielfalt der Bezüge zu entfalten: als geistliche Praxis und theologische Rechenschaft, als ethische Orientierung, in seiner politischen Relevanz, in ökumenischer Weite und ausgerichtet auf kirchliche Erneuerung.

So heißt es in dem Beschlussvorschlag für die Synode 2019.

Ich würde mich freuen, wenn Sie in den Ausschüssen diesen Vorschlag so beraten, dass Sie dem Vorschlag folgen können und einen solchen Vorbereitungsprozess starten.